



WER | **DENKT** | WAS  
vielfältig & bürgernah

# „Mitreden, mitgestalten, mitmachen?! Kommunale Bürgerbeteiligung in der Praxis“

## Dokumentation zur Fachkonferenz

27. Juni 2023

*Graf-Zeppelin-Haus, Friedrichshafen*



WER | **DENKT** | WAS  
vielfältig & bürgernah

wer denkt was GmbH | Robert-Bosch-Str. 7 | 64293 Darmstadt  
T: +49 6151 62915-50  
[www.werdenktwas.de](http://www.werdenktwas.de)



## Übersicht

Möglichkeiten, die Bürger\*innen in kommunale Planungen und Entscheidungen mit einzubinden, gibt es viele. Von Befragungen über Crowdmappings und Ideensammlungen bis hin zu Ideen- und Mängelmeldern, (digitalen) Informationsveranstaltungen und Online-Dialogen gibt der Werkzeugkasten eine Menge Möglichkeiten für die kommunale Bürgerbeteiligung her. Doch nicht jedes Format eignet sich für jedes Thema. Und Manches lässt sich in der Praxis leichter und effektiver umsetzen als Anderes. Ein Blick über den eigenen Tellerrand und ein Ausflug in die Erfahrungswelt anderer Kommunen verschafft oftmals neue Erkenntnisse und bringt frische Ideen für die eigene Bürgerbeteiligung.

Daher lud die wer denkt was GmbH aus Darmstadt am 27. Juni 2023 zur Fachkonferenz „Mitreden, mitgestalten, mitmachen?! Kommunale Bürgerbeteiligung in der Praxis“ ins Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen ein. In Fachvorträgen berichtete zunächst Alexandra Eberhard, Leiterin der Stabsstelle Bürgerbeteiligung der Stadt Friedrichshafen, über den Lernprozess und Weiterentwicklungen aus zehn Jahren Bürgerbeteiligung in Friedrichshafen. Anschließend sprach Johanna Schäfer vom Mobilitätsreferat der Landeshauptstadt München über die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Radverkehrsförderung in München.

Am Nachmittag konnten sich die etwa 30 Teilnehmer\*innen der Konferenz in Workshops zu den Themen Bürgerbudget, Innenstadtentwicklung, Mobilität und neuen Wegen der Bürgerbeteiligung intensiv austauschen. Wolf-Timo Köhler (Leiter Referat für Bürger:innenbeteiligung in der Stadtbaudirektion der Stadt Graz), Markus Mendler (stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Liegenschaften und Wirtschaftsförderung der Stadt Ulm), Yannic Schwarz (Mitgründer und Geschäftsführer von cityscaper), Horst Stockem (Projektkoordinator im Fachdienst Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung beim Rheingau-Taunus-Kreis) und Eva Heising (Beraterin für Digitalisierung und kommunale Projektentwicklung bei der MRK GmbH) waren als Referent\*innen dabei. Sie stellten dazu Projekte aus ihren Kommunen vor, berichteten von ihren Erfahrungen und diskutierten mit den Teilnehmer\*innen.

## Inhaltsverzeichnis

Übersicht.....	2
Einführung in den Tag.....	3
Vorträge.....	5
„Sag’s doch! Aber wie? - Erfahrungen aus einer Dekade Bürgerbeteiligung“.....	5
„Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Radverkehrsförderung in München“.....	9
Workshops am Nachmittag.....	12
„Innenstadt neu denken“.....	12
„Bürger*innenbudget: Geld fair-teilen“.....	16
„Neue Wege der Bürgerbeteiligung“.....	20
„Mobilität der Zukunft“.....	24
Anhang: Weitere Fotos.....	29



## Einführung in den Tag

Die Fachkonferenz „Mitreden, mitgestalten, mitmachen?! Kommunale Bürgerbeteiligung in der Praxis“ wurde eröffnet von Theresa Lotichius, Geschäftsführerin der wer denkt was GmbH. Sie begrüßte die Gäste und Referent\*innen im Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen und warf einen kurzen Blick auf die zurückliegenden Fachkonferenzen der wer denkt was GmbH. Diese hatten bislang alle in Darmstadt stattgefunden sowie 2021 – angesichts der Corona-Pandemie – digital. Diese Fachkonferenz ist somit die erste, die außerhalb vom Firmensitz Darmstadt stattfand.



Das Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen

Nach thematisch breit angelegten, aber methodisch auf digitale Formate festgelegte Fachkonferenzen zu Beginn, beschäftigten sich die vergangenen Veranstaltungen mit spezifischen Themenschwerpunkten – Bürgerbeteiligungs-Leitlinien (2018), Bürgerbeteiligung im Bereich Stadtentwicklung (2019), Bürgerbefragungen (2021). Da sich die wer denkt was GmbH in der Zwischenzeit verstärkt auch im Bereich der Beratung und Begleitung analoger Beteiligungsformate engagiert, sollte nun der Blick mehr in die Breite gehen und verschiedene Themenfelder und unterschiedliche Methoden der Bürgerbeteiligung beleuchten. Daher lautete das Thema: Mitreden, mitgestalten, mitmachen?! Kommunale Bürgerbeteiligung in der Praxis. Dazu führte Theresa Lotichius aus:

*Mitreden, mitgestalten, mitmachen - das sind die Schlagworte der kommunalen Bürgerbeteiligung. Bürgerbeteiligung ist ein wichtiger Bestandteil der Demokratie und ermöglicht es den Bürgern, ihre Meinung und Ideen in politische Entscheidungen einzubringen.*

*In der Praxis bedeutet kommunale Bürgerbeteiligung, dass die Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt oder Gemeinde teilnehmen können. Dies kann beispielsweise durch Bürgerforen, Bürgerworkshops oder Bürgerbefragungen geschehen. Die Bürger haben dabei die Möglichkeit, ihre Anliegen und Ideen zu äußern und gemeinsam mit Politikern und Verwaltung an Lösungen zu arbeiten.*

*Kommunale Bürgerbeteiligung ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer offenen und transparenten Demokratie. Das wird in diesen Zeiten immer wichtiger, wie wir am Wochenende in Sonneberg*

*gesehen haben. Sie fördert das Vertrauen der Bürger in die Politik und stärkt das Gemeinschaftsgefühl. Durch die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungen können auch bessere und zielgerichtete Lösungen gefunden werden.*

*Insgesamt ist die kommunale Bürgerbeteiligung ein wichtiger Bestandteil einer lebendigen und demokratischen Gesellschaft. Sie ermöglicht es den Bürgern, aktiv an der Gestaltung ihrer Umgebung mitzuwirken und trägt somit zu einer positiven Entwicklung der Gemeinde bei.*

Die Geschäftsführerin löste auf: Dieser Text stammt von ChatGPT. Lotichius machte deutlich, dass Künstliche Intelligenz auch im Bereich Bürgerbeteiligung zunehmend wichtiger wird. Aber: Bürgerbeteiligung sieht nicht in jeder Kommune gleich aus. Es kommt immer darauf an, welche Ziele die Kommune bei der Bürgerbeteiligung verfolgt, welche Vorgeschichte es dort gibt, welche Ressourcen zur Verfügung stehen. Doch Digitalisierung lässt sich nicht wegdiskutieren und gehört mit dazu. Das werde sich auch heute in den Beiträgen der Referent\*innen zeigen.

Theresa Lotichius stellte anschließend das Tagesprogramm, die Referentinnen des Vormittags sowie das breite Themenspektrum vor und übergab das Wort an Alexandra Eberhard, Leiterin der Stabsstelle Bürgerbeteiligung im Büro des Oberbürgermeisters der Stadt Friedrichshafen.



Theresa Lotichius begrüßte die Gäste der Fachkonferenz "Mitreden, mitgestalten, mitmachen! Kommunale Bürgerbeteiligung in der Praxis".

## Vorträge

### „Sag's doch! Aber wie? - Erfahrungen aus einer Dekade Bürgerbeteiligung“

Alexandra Eberhard ist Leiterin der Stabsstelle Bürgerbeteiligung der Stadt Friedrichshafen und als solche seit 2013 für die Konzeption und Umsetzung von Bürgerbeteiligungsprojekten zuständig. In ihrem Vortrag sprach sie über den Lernprozess und Weiterentwicklungen in zehn Jahren Bürgerbeteiligung in Friedrichshafen.

Alexandra Eberhard begann ihren Vortrag mit einigen Worten zu den lokalen Gegebenheiten: Das Graf-Zeppelin-Haus, der Veranstaltungsort der Fachkonferenz, hatte in den 1970er Jahren einen schwierigen Start. Das Bauvorhaben löste 1980 einen der ersten Bürgerentscheide in Baden-Württemberg aus. Eine knappe Mehrheit sprach sich für den Bau aus und bestätigte damit die Sichtweise des Gemeinderats. Heute ist das Haus Kultur-, Konzert- und Kongresshaus, aber auch Bürgerzentrum, in dem immer wieder auch Beteiligungsveranstaltungen stattfinden. Des Weiteren ordnete Alexandra Eberhard die Stadt mit einigen Kennzahlen zu Einwohnenden (64.000), Fläche (7.000 ha), Infrastruktur (Messe, Flughafen, Klinik, zwei Hochschulen, Industrie) ein, um den Zuhörenden den lokalen Kontext von Friedrichshafen näherzubringen.



Alexandra Eberhard sprach über die Bürgerbeteiligung in Friedrichshafen.

Ihre Erfahrungen aus einer Dekade Bürgerbeteiligung stellte sie entlang zweier wesentlicher Bausteine dar: dem digitalen Ideen- und Hinweisservice für den Alltag („sag's doch!“) sowie dem digitalen Beteiligungs- und Umfrage-Portal für Beteiligungsprozesse zu bestimmten Themen („mach mit!“), zum Teil in Kombination mit analogen Formaten.

Der digitale Ideen- und Hinweisservice entstand zu Beginn im Jahr 2007 aus dem T-City-Wettbewerb der Deutschen Telekom. Er wurde in den Folgejahren überarbeitet und seit 2014 mit einer erneuerten und erweiterbaren technischen Basis in Zusammenarbeit mit der wer denkt was GmbH weitergeführt. Über das Portal können Bürgerinnen und Bürger zum einen einfach umsetzbare Anliegen an die Verwaltung richten. Zum zweiten können hierüber auch Hinweise, die eine längere Bearbeitung oder Prüfung im Hintergrund erfordern, eingegeben werden. Drittens können auch Anliegen mit politischen Wünschen artikuliert werden.

Als Herausforderungen von „sags doch!“ beschrieb Alexandra Eberhard vor allem drei Aspekte:

- **Moderation:** Mittlerweile hat die Stadt Friedrichshafen relativ strenge Nutzungsbedingungen. Diese haben sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt. Die Freigabe der Antworten erfolgt mithilfe einer zwischengeschalteten Moderation.
- **Bewältigung:** Die Beantwortung der Anliegen ist häufig mit Mehrarbeit der Mitarbeiter\*innen verbunden. Wenn dadurch allerdings die Lebensqualität der Menschen erhöht werden kann, dann sei dies letztendlich positiv zu bewerten, so Alexandra Eberhard.
- **Multiplikator:** Die sinnvolle Nutzung des Portals zeige sich vor allem bei Fragen zu aktuellen Themen, die in der Bevölkerung viel diskutiert werden. Derzeit betrifft das beispielsweise die Renaturierung des städtischen Strandbads, zu der viele Fragen aufkommen, die gebündelt über das Portal beantwortet werden können.



Alexandra Eberhard stellte das Beteiligungsportal der Stadt Friedrichshafen vor.

Das Portal für Beteiligungsprozesse („mach mit!“) besteht grundsätzlich aus offenen Ideensammlungen, Umfragen, kartenbasierten Kommentierungen sowie Online-Workshops als Ersatz/Zusatz. Alexandra Eberhard erläuterte, dass aktuell keine Ideensammlungen mehr durchgeführt werden, da sich diese als nicht gut auswertbar erwiesen. Auch seien die Ergebnisse in einer Art Warteschlange stecken geblieben, da die Umsetzung nicht hinterher käme.



Aktuell liegt das Augenmerk daher auf Befragungen. Aktuell werde beispielsweise eine Befragung zum ISEK Zwischenstand mit Zufallsauswahl durchgeführt, die zugleich auch offen für alle Bürger\*innen zugänglich ist. Außerdem werde aktuell ein Bürgerpanel durchgeführt, um darauf aufbauend verstärkt zielgruppenspezifische Beteiligungsprozesse durchführen zu können. Als Herausforderungen beim Beteiligungs-Portal („mach mit!“) beschrieb Alexandra Eberhard v.a. folgende Punkte:

- Versuchte Beeinflussung von Umfrageergebnissen: In der Vergangenheit gab es Versuche, Befragungen zu beeinflussen. Alexandra Eberhard wies darauf hin, dass Manipulationsversuche technisch detektiert und diese vom technischen Dienstleister (der wer denkt was GmbH) herausgefiltert werden konnten.
- Repräsentativität der Umfrageergebnisse: Mittlerweile können Personen, die nicht digital teilnehmen, einen persönlichen Termin in der Stabsstelle zur Teilnahme vereinbaren.
- Datenschutz/Urheberrechte: Planungsbüros sind oft zurückhaltend, da sie ihre Pläne nicht ins Internet stellen möchten.
- Falscher Zeitpunkt / aktuelle Lage: Themen von Befragungen sollten immer die aktuelle Situation im Blick behalten. Beispielsweise gab es während der Corona-Lockdowns keine Befragung zum Thema Sicherheit.
- Umgang mit Zielkonflikten: Bei Beteiligungsprozessen können Zielkonflikte entstehen. Beispielsweise wird aufgrund des Klimaanpassungskonzepts mehr Schatten gefordert, aufgrund des Sicherheitsaudits allerdings weniger dunkle Räume.
- Anonymität und Gemeinwohl: In der digitalen Welt sind die Menschen anonym unterwegs. Für Vertrauensbildung braucht es in der Regel den persönlichen Kontakt. Es hat sich daher bewährt, eine crossmediale Beteiligungsstrategie zu wählen.

Anhand eines Planungswettbewerbs für ein Quartier zeigte Alexandra Eberhard die Verknüpfung von digitalen und analogen Formaten auf: Nach der Beratung und dem Beschluss im Gemeinderat über das Verfahren wird in analogen Bürgerforen oder Einwohnerversammlungen über das Projekt informiert. Nach einer Online-Umfrage gehen die Ergebnisse in die Anforderungen an die Stadtplaner/Architekten ein. Auch in einer Begehung des Plangebietes mit den Stadtplanern/Architekten wird die Aufgabenstellung noch einmal unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus der Umfrage erläutert. Die Vorentwürfe der Planungsbüros werden in einem Workshop vorgestellt, die Bürger\*innen kommentieren Vorentwürfe (analog und/oder digital). Anschließend überarbeiten die Stadtplaner/Architekten die Vorentwürfe, sodass die finalen Entwürfe eingereicht und von einer Jury (Preis 1 bis 3) prämiert werden. Schließlich entscheidet der Gemeinderat, welcher Entwurf realisiert wird.

Als Herausforderungen beschrieb Alexandra Eberhard hierbei:

- externe Planungsbüros: Berücksichtigung der Bürger\*innen-Wünsche; bürgerfreundliche Sprache statt Fachsprache; realistische Planung unter Berücksichtigung möglicher Realisierungshindernisse wie Eigentumsverhältnisse
- Gemeinderat: Haltung zur Bürgerbeteiligung; Bereitstellung (finanzieller) Mittel; Bürgerbeteiligung als Demokratisierungsprozess innerhalb der Stadtgesellschaft



- Eigenlogik einer Stadt / eines Stadtteils: Passende Methoden; laute Minderheiten; Zielgruppen; Verfahrensakzeptanz; Leitlinien für Bürgerbeteiligung einer Stadt
- Finanzielle Möglichkeiten: Finanzielle Krisen seit 2020 – bereits unter Bürgerbeteiligung geplante Vorhaben können z.T. nicht mehr oder erst später umgesetzt werden

Zusammenfassend hielt Alexandra Eberhard ihre Erfahrungen aus einer Dekade Bürgerbeteiligung wie folgt fest: Es gab und gibt viel Entwicklung im Bereich Bürgerbeteiligung. Die Gemeindeordnung verankert Beteiligung gesetzlich. Auch die Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung sind mittlerweile ein fester Standard geworden. Die Bürgerbeteiligungskultur wird immer weiter gestärkt und geht Hand in Hand mit einer zunehmenden Demokratisierung und einem beteiligungsaffinen Gemeinderat. Wichtig ist für sie auch die Unterscheidung von Verfahrens- und Ergebnisakzeptanz. Die Stabsstelle Bürgerbeteiligung ist verantwortlich für einen sauberen Beteiligungsprozess und sichert die Verfahrensakzeptanz. Die Akzeptanz des Ergebnisses liegt vor allem in anderen Händen, v.a. beim Gemeinderat. So kann insgesamt ein gutes Erwartungsmanagement gelingen. Das persönliche Fazit von Alexandra Eberhard lautete: Beteiligung bedeutet Perspektivwechsel und heißt nicht, alle Wünsche zu erfüllen.

In der anschließenden Fragerunde ging es zunächst um die Rolle der Leitlinien in Friedrichshafen. Alexandra Eberhard erklärte, dass die Leitlinien für sie nichts in ihrer Arbeit verändert haben, da sie die Beteiligung in der Stadt vorher schon als gut angesehen hat. Dennoch war es hilfreich, die Standards einmal formuliert zu haben und nun immer wieder darauf zurückkommen zu können. Eine weitere Frage behandelte die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat. Hier erläuterte Alexandra Eberhard, dass diese je nach Tragweite eines Projekts unterschiedlich verläuft. Teilweise werden Themen nur mit dem Ältestenrat abgesprochen. Teilweise kommen Projekte aber auch in den öffentlichen oder nicht-öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung. Bei der Beteiligung zu konkreten Planungen im Quartier ist es für sie sehr hilfreich und wirkungsvoll, bei der Befragung nur Antwortmöglichkeiten vorzugeben, die auch tatsächlich möglich sind und die Optionen daher zu begrenzen. So sollte man beispielsweise eine Diskothek in der Innenstadt von vornherein ausschließen, da diese nicht möglich ist. Zum Bürgerpanel legte Alexandra Eberhard dar, dass die Stadt so auch unterrepräsentierte Gruppen in Zukunft erreichen will. Momentan verlaufe die Ansprache dieser Gruppen eher direkt über Quartiersmanagerinnen und -manager. Eberhard sprach auch darüber, dass es sich je nach Zielgruppe anbietet, das Kommunikationsmittel anzupassen und zielgruppenspezifisch zu wählen. So ist in Friedrichshafen beispielsweise eine Jugendbeteiligung zu einem Skaterpark über Whatsapp erfolgt.

Ergänzender Hinweis von Alexandra Eberhard: 2018 wurde vom Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen ein Beirat für Architektur und Stadtgestaltung beschlossen. Dies ist ein unabhängiges, interdisziplinär besetztes Expertengremium aus vier renommierten Sachverständigen. Der Gestaltungsbeirat ist ein kostenloses Beratungsangebot seitens der Stadt Friedrichshafen für Bauherren und Planer. Weitere Informationen dazu gibt es unter diesem Link: <https://www.friedrichshafen.de/buerger-stadt/rathaus-buergerservice/aemter-a-z/gestaltungsbeirat/>



## „Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Radverkehrsförderung in München“

Johanna Schäfer aus dem Mobilitätsreferat der Landeshauptstadt München koordiniert die Planungen zur Umsetzung des Radentscheids München und ist u.a. für die Durchführung von Öffentlichkeitsveranstaltungen zuständig. In ihrem Vortrag sprach sie über die Zusammenarbeit mit den Vertreter\*innen des Radentscheids und stellte Partizipationsmaßnahmen der bayerischen Hauptstadt im Bereich der Radverkehrsförderung vor.

Der Radentscheid München ist mit rund 200.000 gesammelten Unterschriften das erfolgreichste Bürgerbegehren der Stadt. Ziel des Radentscheids ist es, die Infrastruktur für Fahrradfahrer\*innen auszubauen. Dazu gehören z. B. sichere und breite Radwege, ein stadtweites Radverkehrsnetz oder auch bedarfsgerechte und sichere Radabstellmöglichkeiten. Für eine erfolgreiche Umsetzung des gesamten Bürgerbegehrens und der verschiedenen Maßnahmen zur Radverkehrsförderung ist u.a. das 2021 gegründete Mobilitätsreferat zuständig. Knapp 400 Mitarbeiter\*innen sind Teil des Referats, das überdies an einer zukunftsfähigen Mobilitätsstrategie für die gesamte Stadt München arbeitet. Bisher wurde das Mobilitätsreferat mit der Planung von rund 50 einzelnen Maßnahmen beauftragt. Ob die Planungen dann auch tatsächlich in dieser Form umgesetzt werden, entscheidet der Stadtrat. Bisher wurden acht Maßnahmen zur Umsetzung beauftragt.



Johanna Schäfer sprach über den Radentscheid München.

Vor allem das stetig steigende Radverkehrsaufkommen macht den Ausbau der Radinfrastruktur notwendig. Zur Weiterentwicklung der Radinfrastruktur wird in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften (AGs) referatsübergreifend zusammengearbeitet, insgesamt gibt es vier AGs: AG Netzplanung, AG Fahrradparken, AG Planungsleitlinien und die AG Aktuelle



Radverkehrsprojekte Die AGs und die Referate kämpfen dabei mit verschiedenen Herausforderungen und rechtlichen Vorgaben.

Auf politischer / strategischer Ebene findet der Austausch mit den Vertreter\*innen des Radentscheids im Lenkungskreis Radverkehr – unter Leitung der 2. Bürgermeisterin der Stadt – und im Steuerungskreis Radentscheid – unter Leitung des Referenten des Mobilitätsreferates – statt.

Die Bürgerbeteiligungsformate der Landeshauptstadt München im Bezug auf die Umsetzung des Radentscheids konzentrieren sich vor allem auf eine umfassende Information zu den einzelnen Projekten. Um die Bürgerinnen und Bürger über die Vorhaben bei den Planungen und der Umsetzung des Radentscheids gut und transparent zu informieren, führt die Landeshauptstadt München seit 2021 mit Unterstützung der wer denkt was GmbH digitale Informationsveranstaltungen durch. Dabei werden die geplanten Maßnahmen den Anwohnenden, Gewerbetreibenden, politischen Vertreter\*innen sowie weiteren Interessensgruppen und interessierten Bürger\*innen vorgestellt. Während der Veranstaltungen können die Teilnehmenden ihre Fragen per Chat stellen. Sie werden durch die Moderation nach Möglichkeit gebündelt und an die Planer\*innen weitergeleitet. Die Planer\*innen beantworten die Fragen direkt in der jeweiligen Veranstaltung und gehen auch auf etwaige Kritik ein. Daneben werden Tools wie Mentimeter-Umfragen eingesetzt. Fragen, die aus Zeitgründen nicht beantwortet werden können, werden mitgenommen und im Nachgang den Planer\*innen übermittelt.

Zunehmend setzt die Landeshauptstadt München für die Präsentationen im Rahmen der Veranstaltungen auch auf 3D-Visualisierung durch den „Digitalen Zwilling“. Die virtuelle Abbildung hilft in der digitalen Informationsveranstaltung, die Planungen anschaulicher darzustellen und die Umsetzung greifbarer zu machen. Auch politische Entscheidungsträger können sich dadurch besser vorstellen, wie geplante Maßnahmen nach dem Umbau aussehen könnten.

Ein weiteres Instrument der Öffentlichkeitsbeteiligung im Bereich Radverkehr in München ist eine digitale Meldeplattform. Auf der „Meldeplattform Radverkehr“ können Radfahrer\*innen ihre Anliegen rund um den Radverkehr auf einer digitalen Karte eintragen und über die Plattform einfach und schnell an die Stadt senden. Das können Hinweise zu Schlaglöchern, defekten Fahrradständern oder zugewachsenen Radwegen sein, aber auch Fragen rund um Bauprojekte. Auch Lob für gelungene Projekte oder Anpassungen der Radinfrastruktur können über die Meldeplattform abgegeben werden. Sie dient somit als zentrale Plattform, um die Bedürfnisse der Fahrradfahrer\*innen hinsichtlich der Radinfrastruktur zu erfassen. Wie Johanna Schäfer mitteilt, gehen sehr viele Anliegen ein, die alle geprüft und bearbeitet werden. Das bedeutet für die Verwaltung eine hohe Arbeitslast und Herausforderung. Dennoch sei die Plattform wichtig und in ihren Augen der richtige Weg: Die Bearbeitung wird von den Radfahrer\*innen als positiv betrachtet und sorgt für Transparenz. Für die einzelnen Anliegen stehen verschiedene Kategorien zur Auswahl, denen jeweils die zuständigen Stellen in der Verwaltung zugeordnet sind. Auf diese Weise landen die Meldungen automatisch in der zuständigen Abteilung. Allerdings wies Johanna Schäfer darauf hin, dass die Bearbeitung der Anliegen unterschiedlich aussehen und auch unterschiedlich lange dauern kann. Das müsse entsprechend transparent kommuniziert werden, damit nicht die Erwartung entsteht, dass alles sofort behoben und umgesetzt werden kann.

In der anschließenden Fragerunde ging es unter anderem um den Einsatz des digitalen Zwillings der Landeshauptstadt München. Dabei war von Interesse, welche Daten dabei genutzt werden. Johanna Schäfer erklärte, dass detaillierte Geodaten die Datengrundlage bilden und der Datenpool fortlaufend aktualisiert und ergänzt wird.

Des Weiteren kam das Gespräch auf das zweite Bürgerbegehren der Stadt München, den Altstadt-Radring. Johanna Schäfer berichtete, dass auch die Forderungen dieses Bürgerbegehrens umgesetzt werden sollen. Ziel des „Altstadt-Radlings“ ist der Bau eines durchgängigen und sicheren Radwegerrings um die Münchner Altstadt.



Johanna Schäfer berichtete von den Partizipationsmaßnahmen der Landeshauptstadt München im Bereich Radverkehrsförderung.

## Workshops am Nachmittag

### „Innenstadt neu denken“

Boomender Online-Handel, Einkaufszentren, ein verändertes Kaufverhalten, neue Ansprüche der Bürger\*innen an Aufenthaltsorte – viele Innenstädte sind derzeit von strukturellen Veränderungen betroffen und müssen sich angesichts dieser Herausforderungen neu aufstellen. Mehr Grün, einladende Einkaufsstraßen und Räume zum Verweilen sind nur einige Facetten, die zu mehr Aufenthaltsqualität in Innenstädten führen. Im Workshop „Innenstadt neu denken“ sprach Markus Mandler, stellvertretender Leiter der Abteilung Liegenschaften und Wirtschaftsförderung der Stadt Ulm, über diese Herausforderungen und berichtete davon, wie die Stadt Ulm bei der Innenstadtentwicklung vorgeht. Anschließend stellte Yannic Schwarz, Mitgründer und Geschäftsführer von cityscaper, die Augmented reality App „cityscaper“ vor und zeigte, wie digitale Visualisierungen die Innenstadt der Zukunft sichtbar machen können.



Markus Mandler stellte den Innentadtdialog der Stadt Ulm vor.

Innentadtbelebung ist vielfältig, weiß Markus Mandler. Im Rahmen des ZIZ-Programms („Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“) ist er verantwortlich für den Ulmer Innentadtdialog und berichtete von den Besonderheiten des „Ulmer Wegs“. Ende 2018 rief der Oberbürgermeister der Stadt Ulm Gunter Czisch das Ziel aus, die Innenstadt attraktiver zu machen. Die Geschäftsstelle „Innentadtdialog Ulm“, deren Leitung Markus Mandler innehat, wurde gegründet und erste Ideen zum Thema „Leben, Arbeiten, Wohnen“ wurden zusammengetragen. Schnell entstand das Leitmotiv: „grüner“, „leiser“ und „sauberer“. Die interne Arbeitsgruppe wuchs wenig später zu einer Projektgruppe von 20 Personen mit Beteiligten aus Gastronomie, Handel, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Verbänden und Anwohner\*innen. Gemeinsam identifizierten die Mitglieder der Projektgruppe zentrale Themenfelder und entwickelten konkrete Maßnahmenpakete zur Entwicklung der Innenstadt. In einem nächsten Schritt wurden zu den erarbeiteten Vorschlägen die Bürger\*innen Ulms befragt. Es folgten World-Cafés für die Bürgerschaft mit Impulsvorträgen

zum jeweiligen Handlungsfeld. An den Thementischen wurden von der Bürgerschaft sowohl die Vorschläge der Projektgruppe als auch die Ergebnisse der Online- und Face-to-Face-Befragung diskutiert. Besonders daran war, dass die Mitglieder der Projektgruppe von sich aus angeboten hatten, die Thementische zu moderieren. Die Beiträge der Bürger\*innen wurden nachfolgend in die Maßnahmenkataloge aufgenommen. Einige dieser Maßnahmen sind inzwischen durch den Gemeinderat beschlossen worden.

Markus Mender erzählte, dass durch das frühzeitige Einbinden unterschiedlicher Akteur\*innen sowie die hohe Bedeutung, die dem Thema auch vom Ulmer Oberbürgermeister zugemessen wurde, der Stadtentwicklungsprozess insgesamt auf breite Akzeptanz stieß. Zudem förderte der Prozess und die verschiedenen Beteiligungsmaßnahmen die generationenübergreifende Zusammenarbeit in Ulm.



Wie Stadtplanungsvorhaben und andere Zukunftsprojekte für Bürger\*innen erfahrbarer und besser vorstellbar werden können, erklärte anschließend Yannic Schwarz von cityscaper. Mithilfe von Augmented Reality- und 3D-Anwendungen visualisiert sein Unternehmen Bau- und

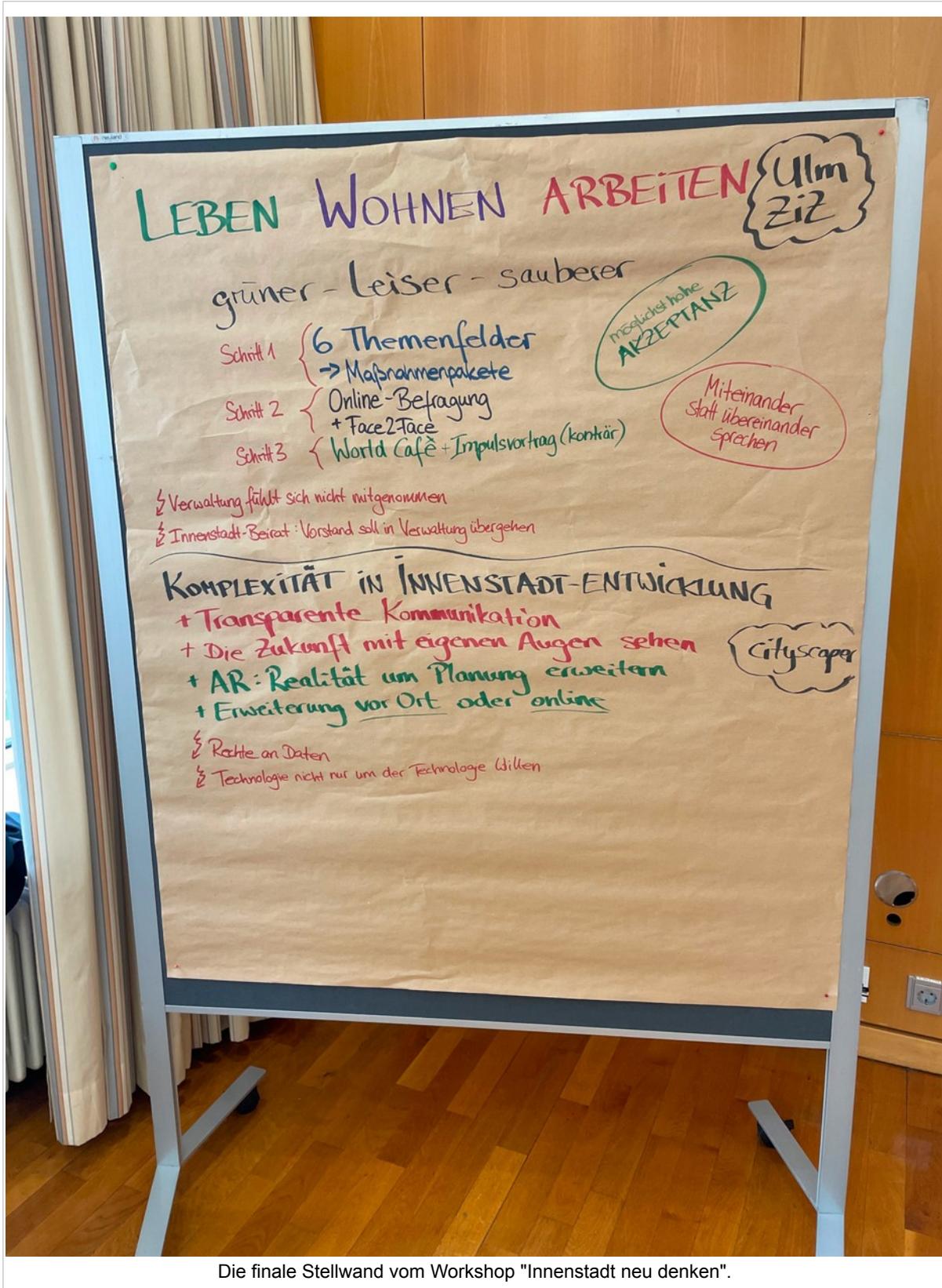


Planungsentwürfe und projiziert sie in die jeweilige Umgebung. Yannic Schwarz erklärte, dass die Bürger\*innen dadurch entweder per App vor Ort oder von zu Hause aus interaktiv und aus beliebiger Perspektive erfahren, wie beispielsweise das zukünftige Stadtquartier aussehen soll. Um die Bürger\*innen nicht nur zu informieren, sondern auch aktiv an den Planungsprozessen zu beteiligen, gibt es daneben die Möglichkeit, am 3D-Modell Anregungen und Ideen zu sammeln oder an integrierten Online-Umfragen teilzunehmen. Trotz der zahlreichen Vorteile, die AR-Anwendungen mit Blick auf Bürgerbeteiligungsprozesse bieten, wies Yannic Schwarz darauf hin, dass projektspezifisch abgewogen werden müsse, ob ein Einsatz zielführend ist. In diesem Punkt ist cityscaper als Unternehmen offen und dankbar für weiteren Austausch mit den Kommunen, um gemeinsam über eine gelungene konzeptionelle Einbettung der neuen Technologien nachzudenken und um noch zielgerichteter auf die Bedürfnisse seitens der Kommune einzugehen.



Die Diskussionsrunde beim Workshop "Innenstadt neu denken".

Im Anschluss daran diskutierten die Teilnehmer\*innen des Workshops angeregt. Dabei ging es zum Beispiel um das ZIZ-Förderprogramm und die Förderkriterien sowie die Frage, welche Kriterien der Innendialog erfüllt hat. Die Teilnehmer\*innen interessierten sich ebenso dafür, wie hoch die Kosten des Innendialogs waren und wie viel Personalkapazität notwendig ist, um ein solches Projekt zu stemmen. Darüber hinaus wurde über die World Cafés gesprochen. Hierbei wollten die Teilnehmer\*innen insbesondere wissen, auf welche Resonanz die kontroversen Impulsvorträge bei der Bürgerschaft stießen. Außerdem wurde über die Kombination aus Online- und Vor-Ort-Maßnahmen diskutiert. Im Hinblick auf den Ulmer Stadtentwicklungsprozess ging es darum, welche weiteren Initiativen daraus entstanden sind und wie eine gelungene Zusammenarbeit mit der Verwaltung aussehen kann. Hinsichtlich cityscaper wollten die Teilnehmer\*innen mehr darüber erfahren, welche Umgebungs- und Planungsdaten für die AR-Anwendungen notwendig sind, zu welchem Zeitpunkt der Einsatz am sinnvollsten ist sowie welche Weiterentwicklungspotenziale es gibt.



Die finale Stellwand vom Workshop "Innenstadt neu denken".



## „Bürger\*innenbudget: Geld fair-teilen“

Bürger\*innenbudgets gewinnen zunehmend an Popularität. Mit einem festen Betrag unterstützen die Kommunen dabei Ideen und Projektvorschläge der Bürger\*innen,. Die Stadt Graz hat 2021 erstmals ein solches Bürgerbudget durchgeführt und konnte hierbei 300.000 € zur Verfügung stellen. Im Workshop „Bürger\*innenbudget: Geld fair-teilen“ stellte Wolf-Timo Köhler, Leiter Referat für Bürger:innenbeteiligung der Stadt Graz, den Beteiligungsprozess dazu vor. Antonio Arcudi, Teamleiter Dialog und Partizipation bei der wer denkt was GmbH, unterstützte den Workshop und berichtete von weiteren Praxisbeispielen und Erfahrungen mit Bürger\*innenbudgets in anderen Kommunen.

Bevor die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz 2021 erstmals ihre Ideen zur Gestaltung der Stadt im Rahmen des Bürger\*innenbudgets vorschlagen und auf der Beteiligungsplattform [www.mitgestalten.graz.at](http://www.mitgestalten.graz.at) einreichen konnten, stellten sich, wie Wolf-Timo Köhler berichtete, im Vorfeld viele Fragen: Wie soll die Umsetzung eines solchen Projektes aussehen? Wie machen das andere Städte? Was passt für Graz, eine Stadt mit einer aktiven und kritischen Bürgerschaft? Vor Beginn der Beteiligungsphase brauchte es einen festen Projektrahmen. Hierfür wurde 2019/2020 viel diskutiert und die Voraussetzungen sowie die Grundausrichtungen innerhalb der Verwaltung wurden in einer Projektgruppe mit Vertreter\*innen aus der Verwaltung, dem Beirat für Bürger\*innenbeteiligung und den Bezirksvertretungen abgestimmt. Dabei wurde festgelegt, wie der Prozess von der Ideensammlung über die Prüfung der Ideen auf die Umsetzbarkeit bis hin zur Umsetzungsentscheidung aussehen soll. Dazu gehörte auch feste Kriterien und Faktoren für die Machbarkeit festzulegen, die die Bürger\*innenideen erfüllen mussten.



Wolf-Timo Köhler stellte im Workshop das Bürger\*innenbudget der Stadt Graz vor und sprach über das Vorgehen sowie Herausforderungen.



Der Projektverlauf des „Grazer Bürger\*innenbudgets“ sah dann wie folgt aus: Fünf Wochen lang wurden Ideen gesammelt. Danach wurden die Ideen innerhalb von 14 Tagen von der Stadtverwaltung in einem Grob-Check geprüft. Alle Ideen, die die notwendigen Kriterien erfüllten, konnten in einem anschließenden Voting von den Bürger\*innen bewertet werden.

Innerhalb der Ideenphase von fünf Wochen wurden 434 Ideen eingereicht. Für die Erstellung einer Idee wurden lediglich die Kontaktdaten, d.h. zumindest eine Mail-Adresse, von den Ideengeber\*innen gefordert. Wolf-Timo Köhler erläuterte, dass dies notwendig war, um die Ideengeber\*innen ggf. kontaktieren und Rückfragen stellen zu können. Die Ideensammlung wurde offen gestaltet. Eine Authentifizierung der Teilnehmer\*innen gab es nicht. Das bedeutet, es wurde nicht geprüft, ob es sich bei den Teilnehmer\*innen um Bewohner\*innen der Stadt handelt. Hier gäbe es verschiedene Möglichkeiten, Hürden aufzubauen; bspw. könnten die Adressen abgefragt werden. In Graz wurde das jedoch nicht gemacht, wie Wolf-Timo Köhler erklärte. So durften auch Nicht-Bewohner\*innen, die ein Interesse an der Mitgestaltung der Stadt haben (z.B. die Großeltern, die in der Nachbarstadt wohnen und in Graz oft zu Besuch sind) an dem Projekt teilnehmen.

Im Nachgang der Ideeneingabe wurden die Ideen geprüft und die prüfenden Abteilungen erstellten einen öffentlichen kurzen Kommentar zur Umsetzbarkeit der einzelnen Ideen bzw. erläuterten, wenn eine Idee die Kriterienprüfung nicht bestanden hatte. Innerhalb der gegebenen Frist von vierzehn Tagen konnten alle 432 Meldungen grob gecheckt werden. 244 Ideen mussten im Rahmen des Grob-Checks ausscheiden. Wolf-Timo Köhler teilte mit, dass man von der großen Anzahl an eingehenden Ideen überrascht war und die insgesamt zu prüfende Menge eine echte Herausforderung darstellte. Vor diesem Hintergrund gäbe es Überlegungen der Stadt, bei der nächsten Durchführung eines Bürger\*innenbudgets bereits bei der Generierung der Ideen mit den Ideengeber\*innen zu kooperieren, um schon in der Phase der Ideenentwicklung Aspekte der Machbarkeit einbringen zu können.

Nach dem Grob-Check erfolgte die Abstimmung durch die Bürger\*innen darüber, welche Ideen in der Stadt Graz umgesetzt werden sollen. Die Bürger\*innen bewerteten dabei die übriggebliebenen 190 Ideen mit „Daumen hoch“ bzw. „Daumen runter“. Die fehlende Begründung für ein „Daumen runter“ führte bei einigen Ideengeber\*innen zu Irritation. Sie hätten gerne mehr über die Ursachen und Gründe der negativen Bewertung erfahren. Schließlich bildete sich durch dieses Voting eine Top 30-Liste an Ideen, die im weiteren Verlauf im Detail geprüft wurde. Diese Prüfung, den Detail-Check, übernahmen die einzelnen Fachbereiche, die für die Planung, Kostenabschätzung und Umsetzung zuständig sind und überprüft wurde dabei die Kriterienliste im Detail. Zwei der 30 Ideen fielen dabei aus der Liste raus. Somit gingen 28 Ideen in ein erneutes Voting durch die Bürger\*innen. Hieraus ergab sich dann eine Top 7-Liste an Projektideen, die in der entstandenen Reihenfolge von den zuständigen Stellen der Stadt Graz umgesetzt wurden bzw. werden. Insgesamt standen beim „Bürger\*innenbudget Graz“ 300.000 Euro zur Verfügung, die auf die einzelnen Projekte verteilt werden konnten. Wie Wolf-Timo Köhler mitteilt, war es für die Bürger\*innen auch eine Herausforderung abzuschätzen, wie viel Budget ihre Ideen zur Umsetzung benötigen.

Da sich unter den beliebtesten Ideen klimarelevante Projekte befanden, empfahl der Fachbeirat für Klimaschutz die Umsetzung mit zusätzlichen Mitteln aus dem Klimaschutzfonds zu finanzieren.



Mit dem „Bürger\*innenbudget Graz“ in Höhe von 300.000 EUR und dem Sonderpreis ‚Klimaschutz‘ stehen für die Umsetzung der sieben beliebtesten Ideen insgesamt 510.000 Euro zur Verfügung.

Im Anschluss an die Ausführungen von Wolf-Timo Köhler stellte Antonio Arcudi das Beteiligungsformat „Bürger\*innenbudget“ und seine Kernpunkte noch einmal kurz und knapp vor. Das Besondere am Bürger\*innenbudget ist, dass vor Beginn des Verfahrens eine feste Geldsumme zur Verfügung gestellt wird. Dieses Budget ist bereits im Haushalt eingeplant. Hieraus ergibt sich eine gewisse „Umsetzungsgarantie“ in dem Sinne, dass Vorschläge der Bürger\*innen umgesetzt werden. Welche Vorschläge das konkret sind, bestimmen die Bürger\*innen selbst mit. Gewisse Voraussetzungen müssen jedoch für die Umsetzung gegeben sein: So müssen in den meisten Kommunen die Projekte vor Ort umgesetzt werden und dem Gemeinwohl dienen. Weitere Kriterien – wie eine maximale Geldsumme pro Projekt, der Ausschluss von Folgekosten u.ä. – kommen meist hinzu.

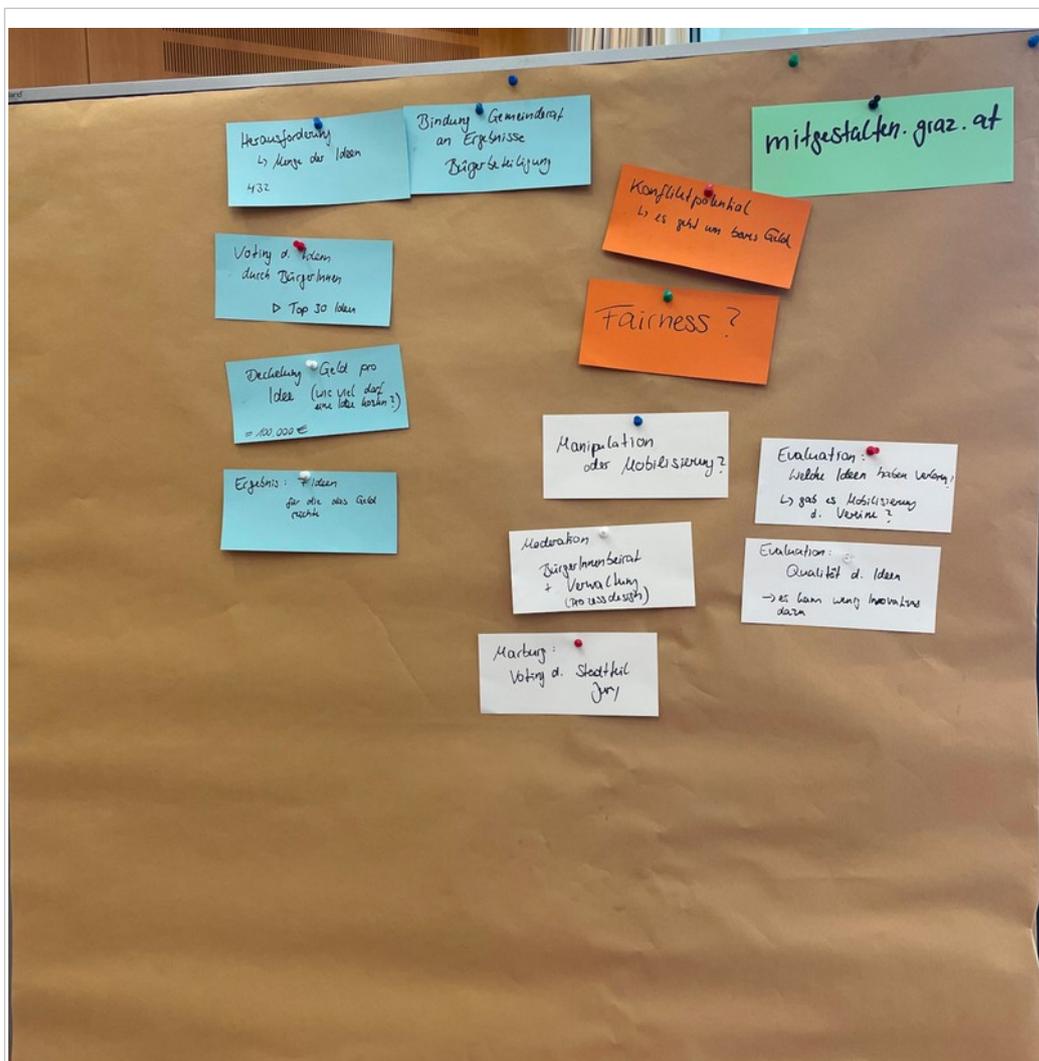


Antonio Arcudi brachte Erfahrungen aus anderen Kommunen ein und sprach darüber, wie das Verfahren Bürger\*innenbudget dort umgesetzt wird.

Mit dem Verfahren Bürger\*innenbudget gehen einige Vorteile einher, beispielsweise die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Denn die Menschen in der Kommune erhalten mit einem Bürger\*innenbudget die Möglichkeit, die eigene Kommune aktiv mitzugestalten. Zudem wird dadurch das Vertrauen in die Politik und Verwaltung gestärkt. Das relativ hohe Budget in Graz ist keinesfalls die Regel. In vielen anderen Städten sind die zur Verfügung gestellten Mittel kleiner. Die Beteiligung an solchen Verfahren ist trotzdem in den meisten Kommunen sehr gut.



In der anschließenden Diskussion ging es dann u.a. darum, dass ein Bürger\*innenbudget auch ein gewisses Konfliktpotenzial birgt. Es kann beispielsweise ein Interesse geben, das zur Verfügung gestellte Geld für ein Projekt auszugeben, das nicht der Gemeinschaft, sondern dem eigenen Interesse dient. Auch das Spannungsfeld von Manipulation und Mobilisierung wurde in der Diskussion angesprochen. Dabei ging es um die Frage, wann eine Mobilisierung zur Teilnahme aufhört und wann bereits eine Manipulation anfängt: Wie ist es einzuschätzen, wenn Personen mit einer größeren Reichweite aktiv zum Voten der eigenen Idee aufrufen? Führt das schon zu einer Verzerrung des Endergebnisses oder ist das eine ganz normale Dynamik im Prozess? Kommunen sollten bei der Durchführung eines Bürger\*innenbudgets in jedem Falle auf diese Fragen vorbereitet sein. Schließlich kam das Gespräch auf weitere potenzielle Herausforderungen für die Kommunen. Dazu gehörte einerseits die unter Umständen große Anzahl an eingehenden Ideen, die alle geprüft und auf Machbarkeit untersucht werden müssten. Andererseits wurde dabei die Erwartungshaltung der Bürger\*innen an eine schnelle Umsetzung genannt.



Die finale Stellwand vom Workshop "Bürger\*innenbudget: Geld fair-teilen"



## „Neue Wege der Bürgerbeteiligung“

Bürgerbeteiligung ist schon lange nichts Exotisches mehr, auch digitale Bürgerbeteiligung gehört inzwischen zum Repertoire vieler Kommunen. Doch Ideale wie Offenheit, Transparenz, Zurechenbarkeit und Echtzeit kollidieren vielerorts mit politischen und verwaltungsinternen Strukturen. Gleichzeitig fordert die Lebensrealität im Alltag vieler Bürger\*innen authentische, schnelle Kommunikation auf Augenhöhe. Wie lässt sich das verbinden? Und wie lässt sich die Zusammenarbeit mit den Bürger\*innen intensivieren? Darum ging es im Workshop "Neue Wege der Bürgerbeteiligung" mit Eva Heising. Sie ist Beraterin für Digitalisierung und Mobilität bei der MRK GmbH sowie Multiplikatorin bei der Smart City Bamberg.

Eva Heising stellte im Workshop das Konzept des „Public Self Engagement“ vor und thematisierte die Smart City Bamberg. Kern des Workshops war jedoch weniger der einzelne Fall Smart City Bamberg. Vielmehr ging es um die Learnings aus diesem Prozess und die Notwendigkeit, Strukturen zu schaffen, die Bottom-Up-Bürgerbeteiligung ermöglichen.

Eva Heising sprach darüber, dass beim Beteiligungsprozess der Smart City Bamberg von Beginn an digitale Tools im Fokus standen. So ist direkt zum Start des Projekts eine Beteiligungsplattform aufgesetzt worden. Diese eigens eingerichtete Open Source Plattform bot jedoch keine Bottom-Up-Funktionalität. Das heißt, Nutzende konnten sich zwar in von der Stadt eingerichteten digitalen Beteiligungsprojekten einbringen. Allerdings war es nicht möglich, dass Bürger\*innen eigene Themen anstoßen oder sich vernetzen. Aus diesem Grund wurde die bereits existierende, verwaltungsinterne Plattform für Austausch, Vernetzung und Wissensmanagement für die Bürger\*innen geöffnet. Diese ist jedoch für den Austausch innerhalb von kommunalen Verwaltungen konzipiert und war daher nur bedingt für Bürgerbeteiligung geeignet. Insbesondere die Tatsache, dass nun zwei parallele Plattformen bestehen, führte mitunter zu Verwirrung bei den Bürger\*innen und verteilt die Aufmerksamkeit der Bürger\*innen auf zwei unterschiedliche Beteiligungswege.



Eva Heising brachte im Workshop "Neue Wege der Bürgerbeteiligung" viele Erkenntnisse aus dem Beteiligungsprozess der Smart City Bamberg mit ein.

Im Bamberger Prozess war zunächst keine Möglichkeiten der dezentralen Vernetzung vorgesehen, was verschiedene Fragen aufwarf.

Hierzu stellte Eva Heising acht Themen heraus, zu denen sich die Teilnehmer\*innen des Workshops positionieren sollten:

- Top-Down- bzw. Bottom-Up-Beteiligung
- Wie lassen sich Menschen zur Beteiligung motivieren? Wie lässt sich die Quote der Teilnehmer\*innen erhöhen?
- Was ist Rolle, Möglichkeit und Grenze der Verwaltung?
- Selbstbefähigung und Selbstermächtigung der Bürger\*innen
- Kommunale Beteiligungskultur und -haltung
- Wie geht Bürgerbeteiligung digital und über Plattformen? Wie kann man digitale Bürgerbeteiligung niederschwellig umsetzen?
- Was wird von den Ideen der Bürger\*innen umgesetzt? Wie lässt sich die Umsetzungsquote erhöhen?
- Wie können wir voneinander lernen? Was lässt sich übertragen? Wie lassen sich Prozesse skalieren?

Einige der Teilnehmer\*innen sprachen sich für Bottom-Up-Bürgerbeteiligungsprozesse aus. Eva Heising betonte hierbei, dass es dafür vor allem geeignete Plattformen braucht – eine der Erfahrungen aus dem Bamberger Prozess. Begrifflich ordnete Eva Heising diese Bottom-Up-Komponente des Beteiligungsprozesses als "Public Self Engagement" ein. Im Anschluss daran tauschten sich die Teilnehmer\*innen darüber aus, was sie sich unter dem Begriff vorstellen.



Die Teilnehmer\*innen tauschten sich über Bottom-up-Beteiligung und "Public Self Engagement" aus.



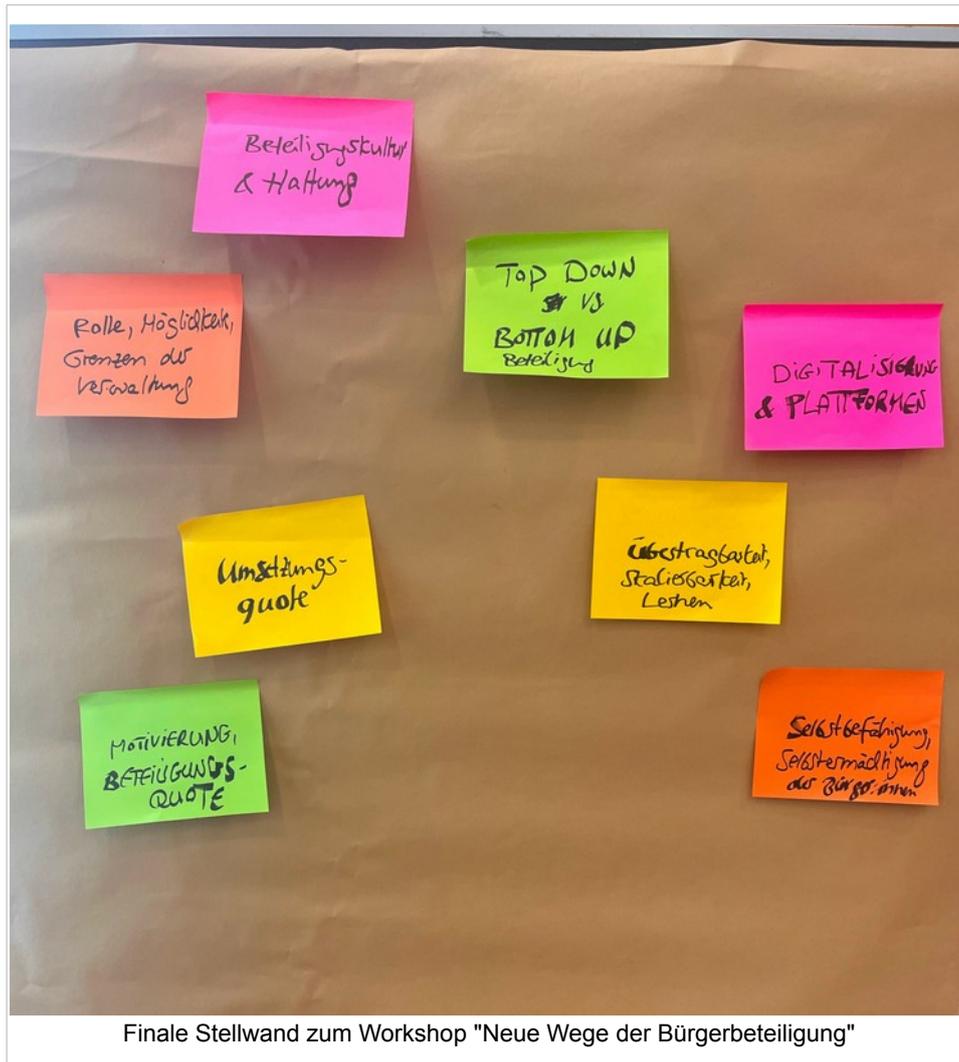
Die Vorstellungen waren breit gefächert. So stand bei einem Teilnehmer die Frage im Zentrum, wie man es schaffe, Menschen zu motivieren und zu befähigen, sich selbst zu engagieren. Hierfür gebe es einige gute Beispiele, z. B. das Projekt "Mein Kiez" in Berlin, Baumpatenschaften oder Urban-Gardening-Projekte. Solche Projekte stärkten das Gefühl der Selbstwirksamkeit. Betont wurde auch die Notwendigkeit des Mitwirkens der jeweiligen Kommune, da diese letztlich die Rahmenbedingungen setzt. Kritisch wurde angemerkt, dass diese Art des Engagements genauso wie das klassische Ehrenamt die Gefahr mit sich brächte, dass öffentliche Aufgaben auf motivierte Bürger\*innen abgewälzt werden könnten. Daher sollte auch beim Public Self Engagement die Frage thematisiert werden, wo der Aufgabenbereich der Kommune beginnt und das Engagement der Bürger\*innen enden muss.

Ein Knackpunkt in der Diskussion war jedoch auch die Frage der Mehrbelastung innerhalb der Kommunen. So merkten mehrere Teilnehmer\*innen an, dass die Mitarbeiter\*innen in der Kommunalverwaltung oft bereits an den Kapazitätsgrenzen arbeiten. Die Befürchtung sei, dass Bottom-up-Beteiligung die bestehenden Ressourcen noch zusätzlich belastet. Daraus ergaben sich weitere Fragen: Führen diese neuen Wege der Beteiligung eher zu Mehrbelastung, oder sind auch Entlastungseffekte denkbar? Müssen also alle neuen Modelle mit einem Ausbau von Stellen (intern oder extern finanziert) einhergehen? Die Teilnehmer\*innen waren sich einig, dass diese Fragen bei der Entwicklung von neuen Beteiligungsformaten im Fokus bleiben sollten und bei den Planungen berücksichtigt werden müssen.

Nach der Diskussion nannte Eva Heising die drei wesentlichen Elemente von "Public Self Engagement":

- Engagement: Es gibt einen Auftrag.
- Self: Ich erteile den Auftrag selbst bzw. die Bürger\*innen erteilen den Auftrag selbst.
- Public: Das Erteilen des Auftrags geschieht öffentlich und wird öffentlich geteilt. Wichtig ist, dass hier kein kommerzielles Interesse dahintersteckt.

Eine wichtige Erkenntnis aus dem Bamberger Prozess war es, dass in der Stadtgesellschaft eine enorme Innovationskraft und großes Potenzial für gute Problemlösungen existiert. Menschen kommen auf unglaublich gute Lösungen, wenn sie sich vernetzen. Aufgabe der Kommunen ist es, dafür Möglichkeiten zu bieten und die notwendigen Strukturen zu schaffen.





## „Mobilität der Zukunft“

Die „Mobilitätswende“ ist in aller Munde. Vielerorts werden Mobilitätskonzepte erstellt, die klimafreundlichere Alternativen zum Auto in den Fokus nehmen und die Bedarfe der verschiedenen Interessensgruppen unter einen Hut bringen sollen. Im Workshop „Mobilität der Zukunft“ warf Horst Stockem, Projektkoordinator im Fachdienst Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung des Rheingau-Taunus-Kreis (RTK) und zuständig für die Bürgerbeteiligung in diesem Bereich, einen Blick auf das Mobilitätskonzept des Rheingau-Taunus-Kreis (von Rüdesheim bis Waldems) und dessen Entstehung. Anschließend führte Lena Gerlach, Projektmanagerin bei der wer denkt was GmbH, aus, wie Kommunen in ihrer Verkehrsplanung die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe von (digitalen) Haushaltsbefragungen und der Erhebung des „Modal Split“ besser berücksichtigen können.

Die Hauptnutzer\*innen der Mobilitätsangebote sind die Bürger\*innen. Deshalb war es für Horst Stockem wichtig, sie bei der Entwicklung des Mobilitätskonzepts im Rheingau-Taunus-Kreis von Beginn an mit einzubinden. Die Bürgerbeteiligung des landkreisweiten Konzepts erfolgte dabei in einem mehrstufigen Verfahren.



Im Workshop "Mobilität der Zukunft" stellte Horst Stockem (links) das Mobilitätskonzept im Rheingau-Taunus-Kreis und die begleitenden Beteiligungsmaßnahmen vor.

Im ersten Schritt wurden die Bürger\*innen im Rahmen einer Online-Befragung nach Schwachstellen der aktuellen Mobilitätssituation gefragt. 2.350 Bürger\*innen beteiligten sich daran. Wie Horst Stockem erzählte, zeigte sich nach Auswertung der Antworten, dass die Analysen und Einschätzungen der Bürger\*innen den Ergebnissen der Verkehrsexpert\*innen sehr ähnlich waren.

Im nächsten Schritt fanden zwei Bürgerforen statt, bei denen die vorbereiteten Leitziele für die Mobilität im Jahre 2030 diskutiert wurden. Eines der Foren wurde vor Ort durchgeführt, das andere fand im April 2020 aufgrund der Corona-Pandemie online statt. Die Online-Veranstaltung wurde als Facebook Live-Stream durchgeführt und im Chat begleitet. Damit sich möglichst viele Bürger\*innen beteiligen, wurde fleißig Werbung gemacht. Unter anderem gab es dazu ein Video, das unter <https://www.zusammen-zukunft.de/buergerforen> abrufbar ist und bei den Menschen der Region gut ankam.

Von den vorbereiteten Leitzielen zur Mobilität waren den Bürger\*innen im Rheingau-Taunus-Kreis, wie Horst Stockem im Workshop mitteilte, folgende drei Ziele besonders wichtig:

- keine Verkehrstoten mehr im RTK,
- der öffentliche Verkehr ist barrierefrei,
- in maximal 30 Minuten zum nächsten Mittelzentrum.

Auf Grundlage dieser Zielsetzung erarbeiteten Verkehrsexpert\*innen anschließend Vorschläge für konkrete Maßnahmen. Im Rahmen einer Befragung konnten die Bürger\*innen dann mitteilen, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen am dringendsten umgesetzt werden sollten.

Insgesamt lief die Einbindung der Bürger\*innen gut, so Horst Stockem. Die Beteiligungsquote bei den unter 20- und über 70-Jährigen war jedoch recht gering. Gerade die Beteiligung von Jugendlichen solle künftig mehr in den Blick genommen werden, betonte er. Dies könne z.B. durch eine verstärkte Ansprache über Social Media und die Einbindung von Multiplikatoren (z.B. Schulen, Jugendzentren...) gelingen.



Die Teilnehmer\*innen des Workshops "Mobilität der Zukunft" diskutierten angeregt.

Im Anschluss daran ging es um die in der Verkehrsplanung inzwischen recht zentrale Zielgröße des „Modal Split“. Lena Gerlach, bei der wer denkt was GmbH unter anderem für die Begleitung von Bürgerbefragungen zuständig, stellte diese vor. Der Modal Split ist ein Indikator für den Anteil einzelner Verkehrsmittel an der gesamten Verkehrsleistung. Er gibt also darüber Auskunft, wie die Verkehrsnachfrage sich auf einzelne Verkehrsmittel verteilt. Eine gängige Methode zur Erhebung des Modal Split sind laut Lena Gerlach Haushaltsbefragungen. Ziel dieser Befragungen sei es, Auskunft zu erlangen über die Verkehrsmittelwahl und die Wege, welche mit diesen zurückgelegt werden. Üblicherweise werden dazu Papierbögen an die entsprechenden Haushalte geschickt. Die Bögen enthalten Fragen zur Fortbewegung an einem Stichtag und zu generellen Einstellungen und Motiven bezüglich des Verkehrs. Im Anschluss werden die analog erhobenen Daten digitalisiert.

Die Erhebung via Papierfragebogen bringe, so Gerlach, einige Probleme mit sich. Lena Gerlach nennt unter anderem die Portokosten für die umfangreichen Fragebögen, das viele Papier, der

Aufwand für die Digitalisierung der analogen Daten, die etwas komplizierte Führung der Teilnehmenden beim Ausfüllen des Bogens (beispielsweise zur Darstellung von Pfadabhängigkeiten).

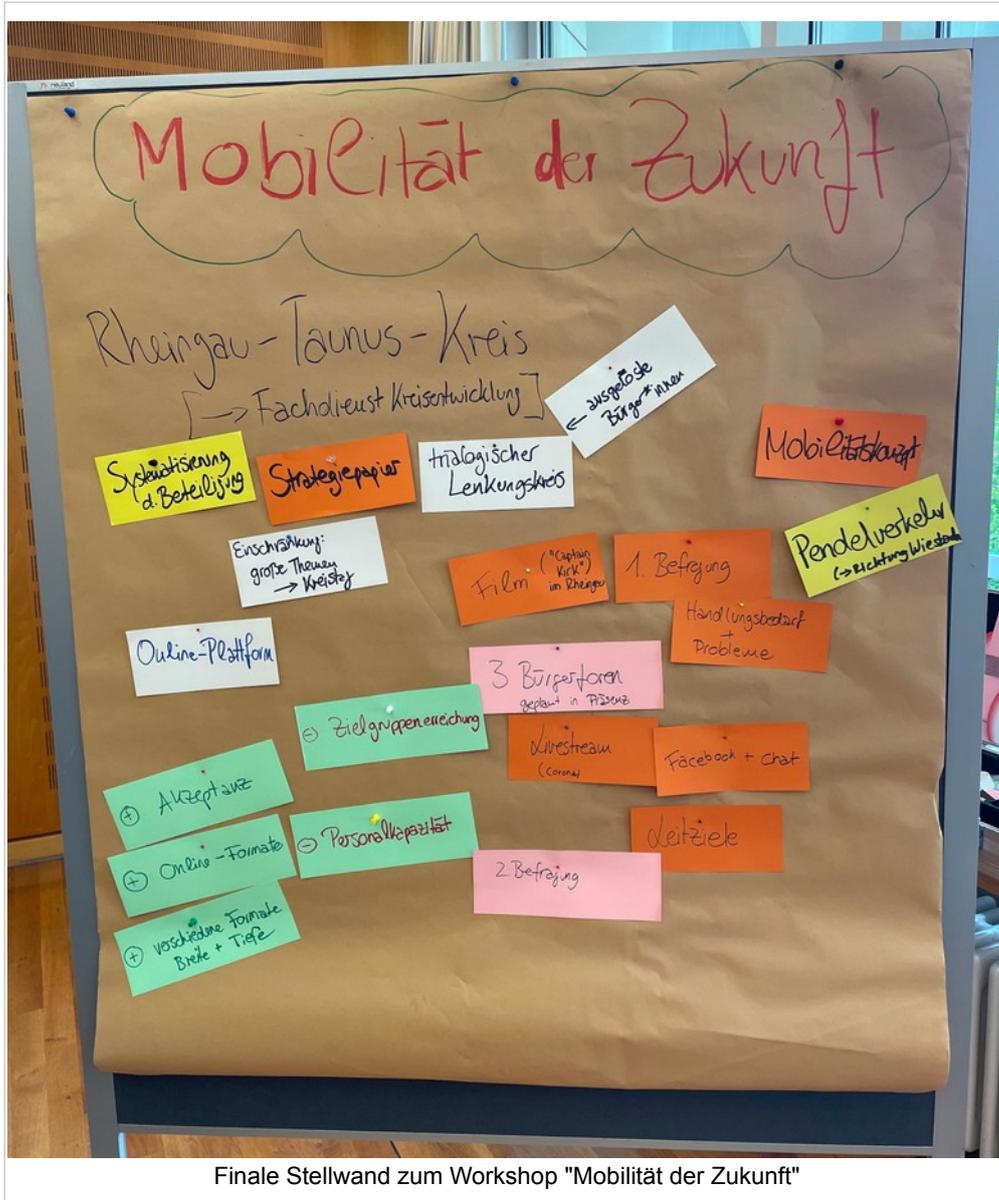


Lena Gerlach sprach über den "Modal Split" und stellte dazu eine digitale Lösung für die Erhebung vor.

Aus diesem Grund hat die wer denkt was GmbH eine digitale Lösung als Alternative zum Papierfragebogen entwickelt. Bürger\*innen erhalten ein Anschreiben mit Zugangscodes zur Online-Befragung per Post und können dann ganz einfach per Handy, Laptop oder sonstigem digitalen Endgerät ihre Antworten eingeben. Diese Variante der Befragung entspricht ebenfalls den Standards, die zur Erhebung des Modal Splits erlassen wurden, und bietet einige Vorteile gegenüber der analogen Erhebung. So können etwa Geokoordinaten direkt auf einer Karte erfasst werden, Begriffsdefinitionen für bessere Verständlichkeit können zum Anklicken hinterlegt werden und Pfadabhängigkeiten leichter dargestellt werden. Darüber hinaus verringern sich die Kosten und die Fehleranfälligkeit.

Im Anschluss an die Kurzvorträge durch Horst Stockem und Lena Gerlach wurden einige Fragen in der Runde besprochen. So diskutierten die Teilnehmer\*innen darüber, inwieweit Kommunen Erfahrungen mit Anreizen zur Teilnahme an Umfragen gemacht haben und ob mit einer Verzerrung der Ergebnisse zu rechnen ist – z.B. im Bezug auf den Kreis der Teilnehmenden und den Inhalt der Antworten. Weiter wurde überlegt, ob sich die Online-Variante der Haushaltsbefragungen eignet, um eine höhere Zahl an Teilnehmer\*innen zu erreichen.

Im Bezug auf die Verkehrsanalysen im Rheingau-Taunus-Kreis interessierten sich die Workshop-Teilnehmer\*innen dafür, welche Kennzahlen zur Fortbewegungsmittelwahl erhoben wurden. Des Weiteren ging es um Ideen, wie Jugendliche künftig besser für die Beteiligung aktiviert werden können.



Finale Stellwand zum Workshop "Mobilität der Zukunft"



## Anhang: Weitere Fotos



Die Pausen wurden für den intensiven Austausch von Erfahrungen genutzt.



Fachdiskussionen mit Blick auf den Bodensee



Martina Sauer von der wer denkt was GmbH fasste den Workshop "Innenstadt neu denken" abschließend zusammen.



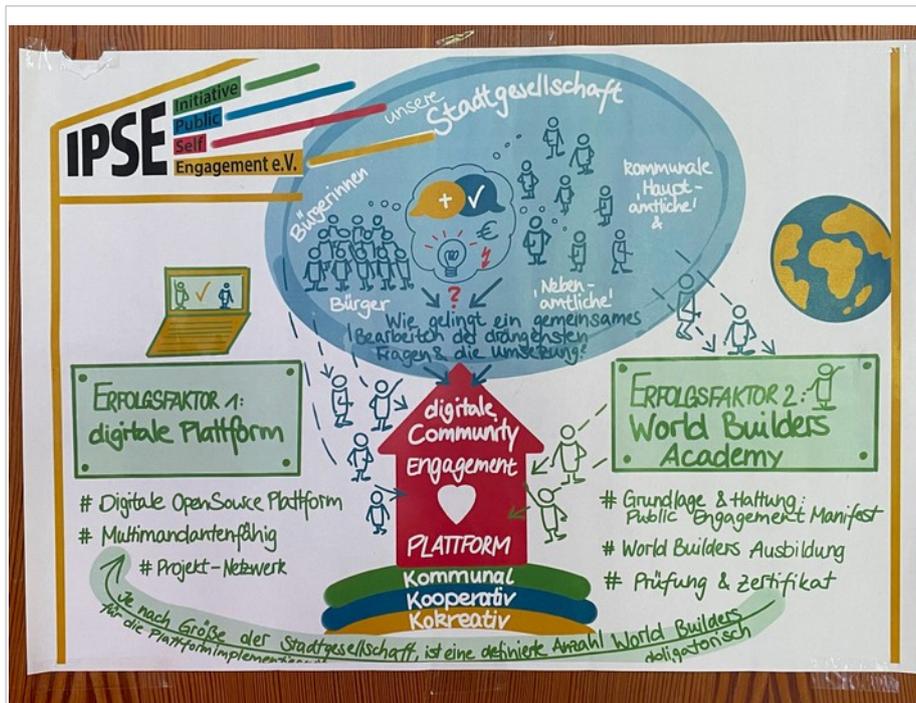
Laura Stoppok von der wer denkt was GmbH stellte die Ergebnisse und Diskussion beim Workshop "Bürger\*innenbudget: Geld fair-teilen" vor.



Antonio Arcudi von der wer denkt was GmbH fasste abschließend den Workshop "Neue Wege der Bürgerbeteiligung" zusammen.



Marlene Mösle von der wer denkt was GmbH fasste den Workshop und die Diskussionen zum Thema "Mobilität der Zukunft" zusammen.



Info-Plakat von Eva Heising zum Public Self Engagement.



Info-Plakat von cityscaper, das Referent Yannic Schwarz bei der Konferenz gezeigt und ausgelegt hat.